

AGS: NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 52 | Sept. 2011

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

***Wir retten den Euro,
wir sind Weltmeister,
wir sind Papst. Und:
Wir sind Mittelstand.***

Sind wir?

Bei solchen Schlagzeilen überfällt mich ein Schauer! Geht es nicht eine Nummer kleiner, bescheidener?

Retten wir den Euro?

Wir tragen zu einer Stabilisierung der Eurozone bei, entsprechend unserer Wirtschaftskraft. Wir, das sind unsere Steuerzahler und deren Steuergelder, die eingesetzt werden – vorerst als Bürgschaft. Wir tun das ohne Begeisterung, aber im Bewusstsein der Notwendigkeit, und nicht zuletzt zum eigenen Vorteil. Wohler wäre uns derzeit, wenn wir eine handlungsfähige, kompetente Regierung hätten.

Uns als Unternehmer beschäftigen natürlich die Folgen der Finanzkrise – hat sie doch erhebliche Auswirkungen auf unsere Unternehmensführung. Wir freuen uns daher, in unserer

Ausgabe einen Gastartikel von Dr. Thomas Köster veröffentlichen zu können (↗ „Basel III: Quo vadis Mittelstandsfinanzierung?“, S. 12). In einem zweiten Artikel zur Finanzpolitik kommentiert AGS-Mitglied Waldemar Plewe das Handeln der EZB (↗ „Bundespräsident vs. EZB“, S. 8).

Sind wir Weltmeister?

Die Nationalmannschaft hat einen sportlichen Erfolg errungen, nicht *wir*. Die Fussball-Weltmeisterschaft wurde zu einem großen Fest, verbunden mit guter Stimmung in unserem Land. Das war gut für's Geschäft von Einzelhandel und Handwerk. Im Handwerk ist die Stimmung übrigens immer *noch* gut. Ein bisschen Optimismus braucht jeder Gewerbetreibender für erfolgreiches Handeln.

Sind wir Papst?

Sind *wir* Papst? Das werden nicht mal die etwa 30 % Katholiken in Deutschland behaupten. Wir haben mehrheitlich christliche Wurzeln, was unsere Gesellschaft immer noch (überwiegend positiv) prägt. Der Papst ist

Oberhaupt einer Religionsgemeinschaft und als solches mit Achtung und Respekt zu behandeln, auch und vor allem von Nicht-Katholiken (*Anmerkung: ich bin nicht praktizierender evang. Christ*). Als Gast ist uns Papst Benedikt XVI willkommen! Das hindert uns aber nicht daran, Lehren zu hinterfragen, die der Papst als allgemeingültig verbreitet. Als Unternehmer tun wir uns besonders schwer damit, Dogmen zu akzeptieren oder sie gar zum Leitbild unseres Handelns zu erheben. Aber ein bisschen mehr Ethik im wirtschaftlichen Handeln täte gut! Wenn es an Ethik mangelt, muss der Gesetzgeber Rahmenbedingungen vorgeben. Darauf warten wir in Deutschland bisher vergebens.

Sind wir Mittelstand?

Bei allen Problemen, die wir haben, ist diese Frage relativ unwichtig, wird aber aktuell durch die Bundes-AGS gestellt. Sie hat sich den Zusatz „Mittelstandsvereinigung der SPD“ gegeben. Nach EU-Definition sind Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und mit bis zu 2 Mio € Umsatzer-

Inhalt

seite 1

Wir retten den Euro. Wir sind Weltmeister. Wir sind Papst. Und: Wir sind Mittelstand.....1

AGSNRW

Aus der Vorstandsarbeit.....2
Schwerpunktthema „Solo-Selbstständigkeit, Arbeitskreise“3

Die SPD in Land und Bund

Landesparteitag in Mülheim:
Die NRWSPD ist wieder da.....4
Die AGSNRW zur Orga-Reform des SPD-Parteivorstands.....5
Änderungen zur Gewerbesteuer: Sozial und gerecht?.....6

Aus den AGS-Regionen

AGS Bottrop: Neuer Vorstand...7

Wirtschaft & Ökologie

Waldemar Plewe: Bundespräsidenz vs. EZB8
André Stinka: Abwrackprämie für alte Heizungen9
Intelligentes Sparen wird gefördert.....9

Solo-Selbständigkeit

Kampf an allen Fronten10
Hausmeisterservice, Webdesigner, Journalist oder Tagesmutter.....11

Gastbeitrag

Dr. Thomas Köster: „Basel III – Quo vadis, Mittelstandsfinanzierung“12

Service

Kurznachrichten.....14
Termine14
Impressum14

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.ags-in-nrw.de
Facebook: AGSNRW (Gruppe)
Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

lös bzw. Bilanzsumme *Kleinstunternehmer*. Mittelständische Unternehmen haben 50-250 Mitarbeiter und 10-50 Mio € Umsatzerlös/Bilanzsumme. Die Mitglieder der AGS gehören fast ausschließlich zur Gruppe der Kleinstunternehmer – jedenfalls in NRW.

Man kann sich ja gefühlsmäßig gerne zu den „Mittelständlern“ zählen, aber definitionsgemäß hat das etwas von Hochstapelei. Wir vertreten gerne kleinste und kleine Unternehmen, hier liegen auch unsere Kompetenzen. Dazu in dieser Ausgabe zwei Beiträge zum Thema Solo-Selbständige (↗ „Kampf an allen Fronten“, S. 10, ↗ „Hausmeisterservice, Webdesigner, Journalist oder Tagesmutter“, S. 11).

Das Wissen um die Probleme von kleinen Gewerbetreibenden weiter in unsere Partei zu vermitteln – das ist unsere ständige Aufgabe!

Die erfüllen wir gerne, wenn man uns lässt. Mit Aufmerksamkeit verfolgen wir die Strukturreform der SPD. Wir beteiligen uns aktiv an der Debatte über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften. Was draus wird? Schau'n mer mal!



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

Aus dem Landesvorstand

Vorstandsarbeit der AGSNRW

Der Landesvorstand der AGSNRW traf sich zu seiner planmäßigen Vorstandssitzung am 13.09.2011 in Velbert.

Neben den Tagesordnungspunkten zu organisatorischen Fragen (Termine, Vorbereitung der Bundesausschusssitzung der AGS in Berlin u. a.) gab es folgende Schwerpunktthemen:

- **Bericht und Diskussion zur ORGA-Reform der SPD und deren Auswirkung auf die Arbeitsgemeinschaften.** Der Vorstand der AGSNRW hat zur Abwendung einer möglichen „Ausgliederung“ aus der SPD eine Erklärung abgegeben, die u. a. an Entscheidungsträger der Partei in Düsseldorf und Berlin versendet wurde (↗ „Basis statt Basta“, S. 5).
- **Vorbereitung eines AGS-Infostandes auf dem Landesparteitag der NRWSPD** sowie Vorstellung und Abstimmung eines Flugblattes des Ar-

beitskreises „Solo-Selbständigkeit“, das auf dem Landesparteitag verteilt wird (↗ Schwerpunktthema)

Die Vorstandssitzung war sehr gut besucht. Rege Diskussionen und eine ausgezeichnete Atmosphäre sind kennzeichnend für die aktuelle Vorstandsarbeit.

Es bewährt sich, Organisatorisches so weit wie möglich im Vorfeld per E-Mail zu klären und die Vorstandssitzung damit nicht zu überfrachten. So blieb genug Zeit, anstehende wichtige Themen abschließend zu erörtern und Beschlüsse zu fassen. Eine Voraussetzung dazu ist die gute Vorarbeit von Arbeitskreisen. <

(siehe Fotos auf der nächsten Seite)



Vorstandssitzung der AGSNRW am 13.09.2011 in der „Villa Au“ in Velbert.

Schwerpunkthema des Landesvorstands: AGSNRW greift Probleme der Solo-Selbständigen auf

Die AGSNRW hat Arbeitskreise eingerichtet, sich die mit spezifischen Themen beschäftigen. Das hat den Vorteil, dass sich die AK-Mitglieder hier nach ihrer Kompetenz und Neigung optimal einbringen können.

Wir werden in der kommenden Ausgabe unserer AGS:NACHRICHTEN über die Arbeitskreise berichten und zur Mitarbeit auffordern.

Einer dieser Arbeitskreise ist bereits zum Landesparteitag in Mülheim tätig geworden: Ruth Gehring, Jürgen Brinkamp und Peter Tietze haben ein Flugblatt zur Solo-Selbständigkeit erstellt, das vom Landesvorstand in der Sitzung am 13.09. diskutiert und als Forderung und Stellungnahme der AGSNRW verabschiedet wurde.

Wir schließen uns der Bitte der Flugblatt-Ersteller an und bitten um eure Stellungnahmen oder um eigene Erfahrungen mit eurer Solo-Selbständigkeit.

Das Flugblatt wurde von uns auf dem Landesparteitag am 24.09. als Tischvorlage an die Delegierten verteilt.

SELBSTÄNDIG. VERANTWORTLICH. SOLIDARISCH.
Die AGS in NRW.



2,3 MILLIONEN MENSCHEN SIND IN DEUTSCHLAND ALS SOLO-SELBSTÄNDIGE TÄTIG – ALS HAUSMEISTERSERVICE, WEB-DESIGNER, JOURNALIST ODER TAGESMUTTER ...

Solo-Selbständige leiden besonders unter lähmenden bürokratischen Vorschriften. Beispiele: unterschiedliche Mehrwertsteuersätze, je nachdem ob Speisen im Lokal oder außer Haus verzehrt werden; Dokumentation aller betrieblichen Vorgänge und Abläufe, ...

WIR FORDERN:
Entrümpelung bestehender Regelungen statt Schaffung immer neuer, zeitraubender Gesetze und Verordnungen!

Solo-Selbständige hoffen, dass ihre Kunden die Rechnungen pünktlich und vollständig bezahlen. Und wenn nicht? Das kann schnell zum Ruin führen, weil Geldinstitute kein Interesse daran haben, kurzfristige Kleinkredite zu vergeben.

WIR FORDERN:
Ausbau und erleichterter Zugang zu Mikrokrediten auch in Deutschland!

Solo-Selbständige brauchen eine bezahlbare soziale Absicherung. Die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung gehen z.B. aktuell von einem Mindesteinkommen von € 1.277,50 monatlich aus – ein Betrag, den viele Solo-Selbständige nicht erreichen. Dennoch müssen sie – unabhängig von ihrem tatsächlichen Einkommen – stets 15,5 % des fiktiven Mindesteinkommens als Beitrag zahlen, also € 198,01 im Monat. Wer aber z.B. nur € 900,00 im Monat verdient, hat dann einen Beitragssatz von 22 % zu zahlen.

WIR FORDERN:
Sozialversicherungsbeiträge entsprechend dem tatsächlichen Einkommen!

Wenn Du unsere Forderungen unterstützt, freuen wir uns auf Deine Kontaktaufnahme:

Ruth Gehring
ruth.gehring@ags-in-nrw.de

Peter Tietze
peter.tietze@ags-in-nrw.de

Jürgen Brinkamp
juergen.brinkamp@ags-in-nrw.de

V.i.S.d.P.: Landesvorstand AGS Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender André Brümmel (andre.bruemmel@ags-in-nrw.de), c/o SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40231 Düsseldorf, Tel.: (0211) 13622-315, Fax: (0211) 13622-5315

Das Flugblatt zur Solo-Selbständigkeit kann als Download- oder Druckversion im Format PDF bei uns angefordert werden (eMail an redaktion@ags-in-nrw.de). Für eure AGS-Arbeit in den Unterbezirken können wir anstelle der Kontaktpersonen aus dem Landesvorstand auch eure eigenen Adressen einfügen.

Die NRWSPD ist wieder da!

Landesparteitag der NRWSPD am 24.09.11 in Mülheim a.d.Ruhr

Am Samstag, den 24.9.2011 trafen sich etwa 450 Delegierte zum NRWSPD-Parteitag in Mülheim. Es war nicht nur ein Tag des Rückblicks auf die Regierungsarbeit des letzten Jahres.

Und Hannelore Kraft konnte nicht ohne Stolz verkünden, dass zahlreiche Ziele von Rot/Grün erreicht sind, trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse.

Versprochen – Gehalten!

Diese Aussage ist nicht selbstverständlich in der Politik. Wir können stolz darauf sein, dass diese Aussage in NRW gilt! Wiedererlangtes Selbstbewusstsein war auf dem Parteitag deutlich zu spüren. Nach Jahren des Selbstzweifels, aber auch des Wiederbesinnens auf eigene Stärken kann man mit der NRWSPD wieder „Staat machen“.

Dass Partei und Fraktion zu kümmern mit den richtigen Themen zurückgefunden haben, spiegelten auch die Anträge wieder, so z. B.:

- Gute Arbeit – auskömmliche Löhne und faire Beschäftigung
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren
- Stärkungspakt Stadtfinanzen
- Die Soziale Gesellschaft braucht die soziale Stadt

Aus den Unterbezirken kamen neben diesen „großen“ Themen auch viele Anträge zur Umsetzung von Politik „im Kleinen“, z. B.:

- Sonntagsöffnung im Ladenschlussgesetz abschaffen
- Besserer Arbeitsschutz in NRW
- Finanzierung der Frauenhäuser in NRW
- Hebammenbetreuung erhalten
- Dichtungsprüfung privater Abwasserkanäle

Für die ausführliche Beratung dieser Anträge nahm man sich ausreichend Zeit – was unterstreicht, welche Bedeutung die Programmarbeit und die Beteiligung der Parteigliederungen hat.

AGSNRW zum zweiten Mal mit eigenem Infostand dabei

Die AGSNRW hatte zum zweiten Mal einen Infostand auf einem Landesparteitag eingerichtet – übrigens als einzige AG neben den Jusos. Mitglieder des Landesvorstandes standen den zahlreichen Besuchern unseres Standes für Informationen und Diskussionen zur Verfügung. Unser plakatiertes Thema war die Lage der etwa 2,3 Mio. Solo-Selbständigen in Deutschland. Dazu hatte unser entsprechender Arbeitskreis (*nein, wir nennen es nicht „Themenforum“!*) unter Federführung von Ruth Gering, Peter Tietze und Jürgen Brinkamp eigens ein Flugblatt entworfen, das von uns auch im Plenum als Tischvorlage verteilt wurde.

Zu den Besuchern unseres Standes gehörten u. a. Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger und unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Die Entscheidung, auf Parteitag präsens zu sein, hat sich wieder als richtig erwiesen. Für uns war es ein langer, aber erfolgreicher Arbeitstag! <



„Partei in Bewegung – Basis statt Basta“

Die AGSNRW zur Organisationsreform des SPD-Parteivorstands

Basis statt Basta – dieser Forderung kann man sich als Parteimitglied grundsätzlich anschließen. Und so lautet auch die Kernforderung eines Initiativantrags zum Landesparteitag am 24.09.2011. Antragssteller war der Landesvorstand der NRWSPD.

Seit knapp zwei Jahren diskutiert die SPD über die Reform ihrer Parteistrukturen und über ein „Organisationspolitisches Grundsatzprogramm“. Die NRWSPD hat sich aktiv an diesem Prozess beteiligt. Von dem zunächst vorgelegten Eckpunkten für ein „Organisatorisches Grundsatzprogramm“ bis zur jetzigen Beschlussvorlage haben sich gravierende Änderungen ergeben [...] Für uns war immer klar: Im Mittelpunkt der Reform sollte die Stärkung der Mitgliedrechte stehen. „Basis statt Basta“: Das ist unser Leitspruch. Wir haben als NRWSPD von Beginn an für folgende Ziele stark gemacht und in Berlin vertreten (folgend 3 der 6 genannten Ziele):

- Die SPD muss als Mitgliederpartei gestärkt werden. Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder müssen verbessert und verbreitert werden. Die Angebote zur Mitarbeit sollen attraktiver werden.
- **Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise leisten wichtige Arbeit als Vordelforganisationen in der Ansprache besonderer Zielgruppen und bei der Gewinnung neuer Mitglieder für die SPD.**
- Ergänzende Angebote zur Mitarbeit ermöglichen. Neben den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften kann es weitere sinnvolle Angebote zur Mitarbeit geben. Ob in Themenforen oder online: Wichtig ist, dass Mitglieder und Interessierte in der SPD mitmachen können. Wir wollen politisches Engagement ermöglichen.

(Auszüge aus „Partei in Bewegung – Basis statt Basta“, Initiativantrag des Landesvorstands der NRWSPD)

Am 11. Oktober 2011 findet eine Konferenz zum „Organisatorischen Grundsatzprogramm“ mit Sigmar Gabriel als Parteivorsitzender und Andrea Nahles als Generalsekretärin statt. Die Ergebnisse dieser Konferenz wird die NRWSPD zusammen mit Anträgen auf einem außerordentlichen Landesparteitag beraten und ihre Positionierung für den Bundesparteitag am 25.11. beschließen.

Die AGSNRW begrüßt den Antrag „Basis statt Basta“ des NRWSPD-Landesvorstands. Er macht klar, dass Reformen nicht von oben verordnet werden dürfen. Der Antrag geht allerdings nicht detailliert auf einzelne Vorhaben der Orga-Kommission des PV ein, z.B. die Rechte von sog. *Unterstützermittgliedern* und die Einrichtung von *Themenforen* betreffend.

Der Parteivorstand in Berlin plant laut Orga-Reformentwurf vom 26.09.:

„UnterstützerInnen haben innerhalb der Themenforen und Arbeitsgemeinschaften die gleichen Rechte wie Parteimitglieder!“

Das ist Basta-Reform pur – ausgerechnet dort, wo heute schon (und seit langem) Nichtmitglieder mitarbeiten, nämlich bei den Arbeitsgemeinschaften.

Warum sollen so genannte Unterstützermittglieder in den Arbeitsgemeinschaften die gleichen Rechte erhalten wie Genossinnen und Genossen, die sich nicht nur klar zur SPD bekennen, sondern sich zusätzlich zur Mitgliedschaft in einer AG auch sonst vielfäl-

tig engagieren, und zudem – statt 30 Euro im Jahr – vielfach höhere Beiträge zahlen? Da liegt die Empfehlung nahe, aus der Partei auszutreten und Unterstützermittglied zu werden. Und das nicht allein aus kaufmännischer Sicht.

Nach einer dpa-Meldung vom 20.09. sollen auch zukünftig nur Parteimitglieder über wichtige Personal- und Sachfragen entscheiden. **Das gilt (nun) nicht mehr für die Arbeitsgemeinschaften!**

Wir haben daher beantragt, **dass Unterstützermittglieder in Arbeitsgemeinschaften nur beratend teilnehmen dürfen, d.h. mit Rede- und ggf. zusätzlichem Antragsrecht.** Das Ziel muss auch weiterhin sein, einen Anreiz zur „vollen“ SPD-Mitgliedschaft zu erhalten!

Themenforen können immer dann eingerichtet werden, wenn

- ♦ Themen durch zuständige Arbeitsgemeinschaften nicht abgedeckt werden oder eine Bearbeitung durch die zuständige AG nicht geleistet werden kann,
- ♦ Themen in den Wirkungsbereich mehrerer Arbeitsgemeinschaften fallen. Die AGen sollen dann in die Themenarbeit eingebunden werden.

Zusammen mit unserer Bundes-AGS setzen wir uns dafür ein,

- ♦ Unterstützer- und Gastmitgliedschaften zeitlich zu begrenzen
- ♦ Foren mit klarem Arbeitsauftrag auszustatten und ebenso zeitlich zu begrenzen,

- ♦ die Arbeitsgemeinschaften bei der Einrichtung von Themenforen zu beteiligen,
- ♦ die beratende Mitgliedschaft von Vertretern der Arbeitsgemeinschaften im SPD-Bundesvorstand per Satzung festzuschreiben. <

Künstliche Aufregung und viel Lärm um nichts, oder ernsthafte Einschränkung unserer Arbeitsmöglichkeiten in den Unterbezirken? Warum sollen Themenforen mit weiteren Ressourcen (hauptamtliche Betreuung, Budgets) ausgestattet werden, Arbeitsgemeinschaften

über den bisherigen Rahmen hinaus aber nicht? Wäre diese Hilfe hier nicht viel sinnvoller und nachhaltiger eingesetzt? Wie denken die AGS-Mitglieder in NRW darüber? Wir freuen uns über Beiträge an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de.

Antrag des SPD-Landesvorstands NRW zum Landesparteitag 2011 Änderungen zur Gewerbesteuer: Sozial und gerecht?

Einer der Anträge des SPD-Landesvorstands NRW zum Landesparteitag 2011 in Mülheim lautete „Die soziale Gesellschaft braucht die soziale Stadt“. In diesem Antrag wurde auch das Thema Gewerbesteuer behandelt – hier ein Auszug:

„Vor allem auf Grund des Einsatzes der SPD und der Kommunen ist es gelungen, die Gewerbesteuer zu erhalten. Ihre Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzierungssteuer mit der entsprechenden Ausweitung des Kreises der Betroffenen (Freie Berufe etc.) bleibt das Ziel der SPD. Dies wäre nicht nur ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch zur Verstärkung der Konjunkturanfälligkeit der Gewerbesteuer. Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen hätte überdies eine gleichmäßigere räumliche Verteilung zur Folge und würde auf Grund der höheren Stabilität eher Spielräume für eine gerechtere Gewerbesteuer eröffnen als eine mehr und mehr ausgehöhlte Gewerbesteuer. Die bevorstehende Veränderung der Gewerbesteuerumlage sollte darüber hinaus dazu genutzt werden, den Spielraum der Kommunen durch eine angemessene Absenkung zu erweitern.“

Wir hatten auf der Sitzung des Parteivorstandes am Abend vor dem Landesparteitag beantragt, „die Mehreinnahmen durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in angemessener Weise zu nutzen, um den Freibetrag

bei Gewerbesteuerveranlagungen zu erhöhen.“

Dieser Antrag wurde als Versuch missverstanden, die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen zur Senkung zu nutzen.

Tatsächlich lag es uns fern, die Finanzen der Kommunen mit unseren Wünschen zu belasten.

- a. Der Freibetrag wird nicht in den Kommunen festgelegt.
- b. In der Begründung unseres Antrages haben wir darauf hingewiesen, dass wir für die meisten Kommunen keine Möglichkeit sehen, einen Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen für eine Senkung des Hebesatzes zu verwenden.

Unser Anliegen war, in angemessener Weise für eine gerechtere Verteilung der Steuerbelastung von Gewerbetreibenden und (dann auch) Freiberuflern zu werben. Angemessen wäre z.B., durch eine im Steuerrecht übliche aufkommensneutrale Staffelung von Gewerbesteuerbelastungen für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Auch eine Erhöhung des Freibetrages könn-

te z. B. durch Mehrbelastung von „großen“ Gewerbesteuerzahlern aufkommensneutral finanziert werden, nach dem Motto „Höhere Lasten auf stärkere Schultern“.

Es ging uns um Steuergerechtigkeit, nicht um Steuersenkung! Trotzdem hat dieses Missverständnis dazu geführt, dass unser Antrag vom Landesvorstand abgelehnt wurde. Er wurde deshalb von uns auf dem LPT nicht nochmals eingebracht.

Die Antragskommission für den LPT ist aber dankenswerterweise unserem Ansinnen gefolgt und hat „Spielräume für Steuersenkungen“ ersetzt durch „Spielräume für gerechtere Gewerbesteuer“.

Der vom Landesparteitag verabschiedete Antrag soll durch eine Arbeitsgruppe weiterbearbeitet werden. Dazu haben wir folgenden Antrag gestellt:

„Die AGS fordert, die Gewerbesteuerbelastung durch eine Erhöhung des Freibetrages und/oder die Einführung einer Staffel-Regelung gerechter zu verteilen. Das kann aufkommensneutral gestaltet werden.“ <

Aus den Regionen:

Neuer Vorstand bei der AGS Bottrop

Die AGS, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, hat am Donnerstag, den 01. September, einen neuen Unterbezirksvorstand gewählt.

Unter der Leitung von André Brümmer, dem Landesvorsitzenden der AGS, wurde im Unterbezirk Bottrop neu gewählt. Die bisherige kommissarische Vorsitzende **Susanne Brefort** wurde zur Vorsitzenden gewählt, ihre Stellvertreter sind **Natalia Andreadakis** und **Ralf Mader**. Schriftführer ist **Lothar van Fürden**. Zu Beisitzern gewählt wurden **Stefan Friedhoff**, **Matthias Fischer**, **Guido Klossok**, **Christian Naujock**, **Jürgen Schajor**, **Mark Pilz**, **Michael Cech**, **Murat Akdag**, **Markus Kaufmann** und **Sami Helaili**.

Der Landesvorsitzende André Brümmer hob in seiner Rede an die Selbständigen hervor, welche herausragende Arbeit im Unterbezirk Bottrop in den vergangenen Monaten geleistet wurde. Insbesondere der Neujahrsempfang der AGS mit über 120 Gästen sowie eine Veranstaltung zu Innovation City mit einem Vortrag von OB Bernd Tischler seien Highlights gewesen, die auch auf Landesebene wahrgenommen worden seien.

Großes Interesse fand auch Herrn Brümmers Vortrag über das neue Gesetz zur Förderung des Mittelstands in NRW: Durch eine Clearing-Stelle sollen alle Vorhaben der Landesregierung NRW zukünftig auf ihre Folgen für die Unternehmen der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft und der freien Berufe untersucht werden.

„Die AGS Bottrop ist bereits fest im politischen und gesellschaftlichen Leben der Stadt Bottrop verankert“, so die Vorsitzende Susanne Brefort in ihrem Rechenschaftsbericht. Sie versicherte, dass dies in Zukunft noch verstärkt werde: die Planung für 2012 und insbesondere für den nächsten Neujahrsempfang habe bereits begonnen. Auch die Vernetzung mit anderen AGSen und Unternehmerverbänden solle verstärkt werden.

Die nächste öffentliche Veranstaltung der AGS Bottrop findet statt am 03. November um 19.00 Uhr im Saal des „Cottage“ an der Herzogstraße.

Zu Gast ist die Techniker Krankenkasse mit einer Physiotherapeutin. Unter dem Motto „Wellness-Herbst bei der AGS“ soll über Rückenstärkung und Gesundheitsprävention referiert werden – mit praktischen Übungen.

Interessenten an der Arbeit der AGS Bottrop setzen sich am besten mit der Vorsitzenden direkt in Verbindung, Tel. 0172-283 22 64 oder per E-Mail kontakt@ags-bottrop.de.

Außerdem informiert die AGS Bottrop auf ihrer Internetseite www.ags-bottrop.de regelmäßig über aktuelle Veranstaltungen und Themen. <



Wirtschaft

Bundespräsident vs. EZB

Ein Kommentar unseres AGS-Mitglieds Waldemar Plewe

Deutsche Wirtschaftslehre ist Landwirtschaftslehre. Es existieren nur Kuh und Wiese, die Finanzsphäre ist deren Schatten. In diese Tradition stellt sich unser Bundespräsident in einer Rede vor Wirtschafts-Nobelpreisträgern. Was ist geschehen?

Die EZB versucht die aktuelle Finanzkrise soweit wie möglich aus der Realwirtschaft herauszuhalten. Die öffentliche und private Schuldenkrise wird als Bankenkrise wirksam und als Eurokrise verkauft.

Der Plan der EZB: Banken retten durch die Übernahmen schummriger Staatsanleihen. Dadurch fließt den Banken Liquidität sofort zu, die Grundlage weiterer Kreditvergaben an Unternehmen und Krisenreserve sein kann. Im zweiten Schritt wird durch alltägliche EZB-Aktivitäten Liquidität wieder aus dem Markt genommen. Risiko: Negative Effekte im Zeitraum zwischen Liquiditätssteigerung und -absenkung. Segen: Mehr Sicherheit in der Realwirtschaft.

Langfristig können mögliche EZB-Verluste aus Teil-Ausfall von Anleihen durch (von ihr selbst gesteuerte) EZB-Gewinne verrechnet werden. Das wäre mittelfristig geldmengenneutral. Bisherige Gewinne wurden in die Staatshaushalte zum Teil inflationswirksam eingestellt.

Für die Regierungen einzelner Staaten ist im Falle von Umschuldungen, z. B. durch Laufzeitverlängerungen oder neue Zinssätze, die EZB idealer – weil unabhängiger – Verhandlungspartner.

Der wirtschaftsweise Jurist Wulff kann ja glauben was er will, aber: Er bricht Artikel 130 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in der ein Versuch der Staatsorgane, Mitglieder der Beschlussorga-

ne der EZB bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen, explizit ausgeschlossen wird.

Und das auf Basis des traditionellen deutschen Wirtschaftspopulismus, der einen bizarren Traum von einer vollkommenen Wirtschaftspolitik für unsere unvollkommene Welt verfolgt. <

Beleg:

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 130 (ehem. Artikel 108 EGV):

„Bei der Wahrnehmung der ihnen durch die Verträge und die Satzung des ESZB und der EZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die Europäische Zentralbank, noch eine nationale Zentralbank, noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der Europäischen Zentralbank oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.“

André Stinka

Wir brauchen eine Abwrackprämie für alte Heizungen

Der Klima- und Umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, André Stinka, hat eine Abwrackinitiative für alte Heizungen vorgeschlagen. Stinka: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen über 300.000 Heizanlagen, die älter als 25 Jahre sind. Das belastet unser Klima und die Portemonnaies gerade von Menschen mit niedrigeren Einkommen. Da müssen wir ran!“



André Stinka Mdl

Stinka erläuterte, dass das geplante Klimaschutz-Sofortprogramm der Landesregierung eine wichtige Maßnahme zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in NRW sei. „Klimaschutz darf aber nicht zu Lasten der sozial Schwächeren gehen. Deshalb ist es wichtig, dass das schon bestehende NRW-Programm zur Verbesserung der Energieeffizienz im Wohnungsbestand bei den Bürgerinnen und Bürger ankommt. Denn neue Heizanlagen senken nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern auch noch die sogenannte zwei-

te Miete“, so Stinka anlässlich der anstehenden Verabschiedung des Klimaschutz-Sofortprogramms durch die Landesregierung in Düsseldorf.

André Stinka wies darauf hin, dass das Wirtschaftsministerium 200 Mio Euro für investive Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Wohnungsbestand bereitgestellt habe. Bislang können diese nur für die Wärmedämmung abgerufen werden. „Dies sollte auch für sparsame Heizungsanlagen gelten. Durch den Austausch eines Standardheizkessels durch einen modernen Öl- und Gasbrennwertkessel werden rund 25-30 % Energie eingespart. Mit zusätzlicher Solarther-

mie-Technik sind zusätzliche Einsparungen möglich. Das bedeutet eine spürbare Entlastung bei den Energiekosten der Haushalte, die sich schneller amortisiert als andere Maßnahmen. Wenn es uns gelingt, von den vielen alten Anlagen eine größere Zahl auszutauschen, senken wir außerdem den CO₂-Ausstoß erheblich.

„Die nächste Heizungsabrechnung wird für viele Bürgerinnen und Bürger in NRW eine böse Überraschung ergeben. Damit Heizen in Zukunft nicht zum Luxus wird, müssen wir schnell die Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz forcieren“, betonte André Stinka. <

Ökonomie & Ökologie

Intelligentes Sparen wird gefördert

Die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie ist ein Dauerthema der AGSNRW. Betriebe, die Energie sparen durch bessere Effizienz beim Einsatz von Energie, tun der Umwelt, aber auch der eigenen Kasse Gutes!

Zu diesem Vorhaben können sie eine Förderung beantragen. Nicht nur Kredite für Energiesparmaßnahmen, sondern auch Zuschüsse für Beratungsleistungen zur Verbesserung der Energieeffizienz sind erhältlich.

Bei steigenden Energiekosten rechnet sich das für viele Betriebe, sind doch laut Bundesministerium für Umwelt die Kosten für Energieaufwand um bis zu 20 % senkbar.

Die seit 2008 – in der Amtszeit des damaligen Umweltministers Sigmar Gabriel – laufende Fördermaßnahme ist bisher noch nicht dem Rotstift von Schwarz/Gelb zum Opfer gefallen.

Das ist insofern verwunderlich, da diese Maßnahme in erster Linie kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommt, und nicht der Großindustrie.

Weitere Informationen:

> www.bmu.de

> www.foerderdatenbank.de

»Solo-Selbständigkeit

Themenschwerpunkt:

Die AGSNRW widmet sich in den nächsten Monaten den „Einzelkämpfern“

Ruth Gehring, Jürgen Brinkamp und Peter Tietze, allesamt neue Mitglieder im Landesvorstand der AGSNRW, leiten innerhalb des Vorstands den eigens eingerichteten Arbeitskreis „Solo-Selbständigkeit“. Neben einem Flugblatt, das wir u. a. an die Delegierten des Mülheimer Landesparteitags verteilt haben, sind Ruth Gehring und Jürgen Brinkamp auch für die beiden folgenden Texte aus der Sicht von Solo-Selbständigen verantwortlich. Wer erkennt sich wieder?

„Kampf an allen Fronten“

„Es ist ein Kampf an allen Fronten“ sagt Ruth Gehring, seit Jahren selbständig im Bereich der Gastronomie. „Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind für uns Kleinstunternehmen einfach nicht geeignet.“ Hat man dann noch eine Familie zu ernähren, geht oft fast nichts mehr. Der Gang zum Sozialamt ist schon fast vorhersehbar.

Zu Beginn der Selbstständigkeit bestehen noch vielerlei Unterstützungsmöglichkeiten, stattliche Programme, die den Unterhalt sichern sollen; damit lebt es sich dann für kurze Zeit einigermaßen.

Dann kommt es häufig von allen Seiten gleichzeitig zu Problemen: Erste kleinere betriebliche Schwierigkeiten führen schnell zum Verlust eines guten Bankratings, vielleicht zahlt ein Kunde mal nicht termingerecht oder ist gar zahlungsunfähig. Oder es geschieht ein unvorhersehbarer Zwischenfall – das Auto wird gestohlen, man ist handlungsunfähig – und schon ist die Krise nicht mehr abzuwenden. Kredite sind dann schnell nicht mehr zu erwarten, abgefangen werden muss alles durch Ersparnisse oder die Familie.

Soziale Absicherung? – Fehlanzeige, die Krankenkasse wird nach Vorgaben berechnet, die nicht zu leisten sind, Rentenversicherung oder womöglich Arbeitslosenversicherung existieren nicht, sind eben nicht zu finanzieren. Und die Umsatzsteuer muss schon dann an das Finanzamt abgeführt werden, wenn die Rechnung gestellt wird, unabhängig vom Zahlungseingang.

Der wirkliche Skandal ist jedoch, dass nicht Ämter und Behörden errechnen, was zu zahlen ist, sondern dass jeder Selbständige diese Leistung auch noch selber erbringen muss, unabhängig davon, ob eine entsprechende kaufmännische Vorbildung vorhanden ist. Da soll also Zeit und Geld investiert werden, um auch noch die Arbeit für Andere zu übernehmen. Der Verwaltungsaufwand steht in Klein- und Kleinstunternehmen in einer großen Diskrepanz zum Ertrag, der hier häufig erlöst wird.

In diesem Zusammenhang ist es auch völlig unwichtig, ob der Solo-Selbständige eine Rechtsanwaltskanzlei betreibt oder als Journalist oder Tagesmutter arbeitet. Hier sitzen wir alle in einem Boot: Existenzgründer oder seit langer Zeit Selbständige, jung, älter, kreativ oder in einer traditionellen Berufssparte.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen sich schnellstmöglich ändern und auf Solo-Selbständige anders zugeschnitten werden. Auch für diese Berufsgruppen muss sich die SPD als Partei für die Menschen einsetzen. Immer sollte dabei auch bedacht werden:

„Menschen, die sich selbstständig machen, sind stark. Sie verfügen über Kräfte, die viele andere nicht haben. Über kurz oder lang werden von Ihnen über den eigenen Arbeitsplatz hinaus weitere Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Diese Kraft muss unbedingt unterstützt werden. Hier Potenziale nicht zu nutzen ist im Sinne der gesamten Gesellschaft nicht zu verantworten.“

– Ruth Gehring

„Hausmeisterservice, Webdesigner, Journalist oder Tagesmutter“

Egal ob Hausmeisterservice, Webdesigner, Journalist oder Tagesmutter: Wer als Einzelner mit viel Euphorie in die Selbständigkeit startet, hat als Existenzgründer selten Glück. Berater bei kommunalen oder regionalen Wirtschaftsförderungsstellen oder der IHK bzw. der Handwerkerschaft geben zwar Tips und Ratschläge. Doch auch sie können nichts an gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, die für ganz andere Unternehmensformen konzipiert sind. Das gilt um so mehr für diejenigen, die schon längere Zeit – mehr oder weniger erfolgreich – als Solo-Selbständige arbeiten.

Beide Gruppen leiden unter bürokratischen Vorschriften, die sie z.B. zwingen, bereits dann Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen, wenn sie ihren Kunden die Waren oder Dienstleistungen in Rechnung stellen – auch wenn die Rechnung erst Wochen oder Monate später bezahlt wird (und manchmal gar nicht). Und ebenso sind sie – nachdem die Existenzgründungsdarlehen verbraucht sind – von der mangelnden Unterstützung der Geldinstitute betroffen, die kein Interesse an der Vergabe von Kleinkrediten zu erträglichen Zinsen haben.

Die Dienstleistungsgesellschaft mit ihren etwa 2,3 Millionen Solo-Selbständigen ist eben noch nicht in den Köpfen derjenigen verankert, die in parlamentarischen Gremien über Gesetze und Verordnungen beraten und entscheiden. Und wenn Unterneh-

men daran denken, ihre Ausgaben zu senken und die Gewinn zu steigern, hat das nicht selten zur Folge, dass Arbeitnehmern das „Angebot“ gemacht wird, einzelne Tätigkeiten des Unternehmens künftig auf eigenes Risiko fortzusetzen (Scheinselbständige).

Scheitert die Solo-Selbständigkeit, haftet der Unternehmer in aller Regel für die Unternehmensschulden auch mit seinem Privatvermögen – was dann nicht selten zur Vernichtung der eigenen privaten Altersvorsorge führt.

Die SPD hat häufig (nur) die Interessen von Arbeitnehmern „im Visier“. Unternehmer sind demgegenüber eher Feindbilder, weil sie eh alle Kapitalisten sind. Vor denen müssen die Arbeitnehmer geschützt werden. SPD und Gewerkschaften haben hierbei viel erreicht: Arbeitnehmer haben um so mehr Rechte, je größer das Unternehmen ist, in dem sie tätig sind.

Dass aber auch Unternehmer – vor allem Kleinunternehmer – Schutz und Hilfe benötigen, wird in unserer Partei vielfach noch nicht wahrgenommen. Gleichzeitig wird jedoch der Mitgliederschwund beklagt, ohne aber nach gesellschaftlichen Gruppen Ausschau zu halten, denen die SPD Unterstützung für ihre Anliegen bieten kann.

Solo-Selbständige sind meistens junge Menschen, die es für unsere Sache zu gewinnen gilt. Nicht immer können sie etwas mit politischen Forderungen der Jusos anfangen, weil sie ihre Ausbildung schon abgeschlossen haben und sich in einem anderen Umfeld bewegen. Die Mitgliedschaft in

einer Partei ist für sie häufig unattraktiv, weil ihre Probleme dort nicht erkannt oder berücksichtigt werden.

Die AGS kann ihnen eine Plattform geben, auf der ihre Interessen ernst genommen und auch vertreten werden. Das müssen wir alle deutlich machen in Gesprächen und auf Veranstaltungen. 

– Jürgen Brinkamp

» Gastbeitrag



Dr. Thomas Köster

Basel III – Quo vadis, Mittelstandsfinanzierung?

Die mangelnde Eigenkapitalausstattung der Geschäftsbanken gehört zu den Hauptursachen der weltweiten Finanzkrise. Die Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Banken – Basel II und das „Rating“ – werden deshalb verschärft. Die neuen Kapitalanforderungen des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sollen ab 2013 als Eigenkapitalrichtlinie „Basel III“ in Kraft treten.

Das neue Regelwerk muss allerdings dringend nachgebessert werden. Bleibt es bei den bislang vorgesehenen Vorschriften, drohen dem Handwerk und Mittelstand in Deutschland deutlich höhere Kosten für Firmenkredite.

Denn wie teuer Kredite künftig für die Masse der Unternehmen werden, hängt stark davon ab, mit welchem Risikogewicht Mittelstandskredite – also die sogenannten Retailkredite – bewertet werden. Das Risikogewicht bestimmt darüber, wie viel Eigenkapital die Bank für den Kredit hinterlegen muss. Müssen die Institute mehr Geld zur Seite legen, steht es nicht mehr für Kredite zur Verfügung – und die Preise ziehen an. Aktuell ist Retailkrediten ein Risikogewicht von 75 Prozent zugeordnet.

Dass der Staat nach der Konstruktion von Basel außerhalb des sog. Standardansatzes für Retailkredite das Ausmaß der Eigenkapitalhinterlegung der Banken vom Urteil der Ratingagenturen bzw. von bankinternen Ratingprozessen abhängig macht, ist der eigentliche Webfehler dieses Steuerungskonzepts. Die von Banken vorzuhaltende regulatorische Eigenkapitalquote wird nun nicht mehr als Verhältnis

zwischen Eigenkapital und Gesamtbilanzsumme errechnet, sondern nur noch auf die risikogewichteten Aktiva bezogen. Das Problem: nun muss die Bankenaufsicht für jedes einzelne Kreditengagement die Vorlage einer Bonitätseinschätzung verlangen.

Faktisch mischt sich der Staat damit aber in das ureigene Kerngeschäft der Banken ein, nämlich die Wagniseinschätzung bei der Kreditvergabe. Es bleibt ihm auch nichts anderes übrig: Denn bei guten Ratingnoten könnten die Banken ein immer größeres und riskanteres Rad drehen. Rating setzt jedoch ein Wissen voraus, das niemand auf der Welt haben kann. Die Zukunft ist dem Menschen grundsätzlich verschlossen.

Rating-Verfahren sind im übrigen nicht nur fehler- sondern auch manipulationsanfällig, wie die Vergangenheit erwiesen hat. Fakt bleibt: Durch das von den Staaten in Kraft gesetzte Basel-System ist den Ratingagenturen erst ihre fatale Schlüsselstellung verschafft worden.

Selbstverständlich ist der Ansatz richtig, die Eigenkapitalquote für Geschäftsbanken aufzustocken, um die Sicherheit im Finanzsektor zu stärken.

Deshalb ist die aktuelle, grundsätzlich kritische Haltung der Bundesregierung gegenüber erhöhten Eigenkapitalpuffern für die Banken, wie sie Finanzminister Wolfgang Schäuble jüngst in der Etatdebatte für den Bundeshaushalt 2012 aus konjunkturellen Gründen vorgetragen hat, nicht weiterführend, um die Spekulationsbanken an langfristige Ertragsziele zu binden. Nur sollte man die verschärften Eigenkapitalanforderungen nicht ausgerechnet jenen abverlangen, die unverantwortliche Risiken eben gerade nicht eingegangen sind.

Denn die Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit ihrer systemisch stärkeren Risikovorsorge wären ebenfalls Verlierer von Basel III nach jetziger Konzeption. Sie würden mit den international tätigen Geschäftsbanken über einen Kamm geschoren werden. Und das, obwohl sich gerade dieser dezentral und subsidiär aufgestellte Bankentyp in der jüngsten Krise in Deutschland als Stabilisator der Kapitalversorgung des Mittelstands bewährt und ausgezeichnet hat.

Würde den Genossenschaftsbanken und Spar- und Darlehnskassen nun ebenfalls über eine verpflichtende Aufstockung der Eigenkapitalunterle-

gung zusätzliche Beschaffungskosten aufgebracht, wäre nicht nur ein besonders sozialmarktwirtschaftlich aufgestellter Bankentyp zu Unrecht bestraft, sondern wären Handwerk und Mittelstand ebenfalls wieder die Leidtragenden. Sie hätten die Basel III-bedingten Mehrkosten für das Gros ihrer Hausbanken mit zu tragen, die zumindest teilweise an die Firmenkunden weitergereicht werden würden.

Die neue EU-Richtlinie Basel III sollte vor diesen Hintergründen Spielraum für nationale Spezifika im Bankensystem schaffen. Die Kultur des Mittelstandskredites mit den Genossenschaftsbanken und Sparkassen, wie wir sie in Deutschland, Österreich oder Luxemburg haben, ist in vielen anderen europäischen Ländern nicht vorhanden. Unsere Marktwirtschaft basiert auf Eigenverantwortung. Das schließt die Selbstverantwortlichkeit der kreditgebenden Banken für die Bonitätseinschätzung ihrer Kreditnehmer ausdrücklich ein.

Konkret fordert das Handwerk, dass der Risikofaktor künftig auf 60 Prozent abgesenkt wird. Die Eigenkapitalhinterlegung für Mittelstandskredite – von denen ja die Krise nicht ausgegangen ist – würde dann nicht erhöht, sondern bliebe etwa auf dem gleichen Niveau.

Darüber hinaus sollte die Grenze, bis zu der Mittelstandskredite den Vor-

teil eines reduzierten Risikogewichts erhalten, von bisher 1 Mio auf 2 Mio € Kreditsumme erhöht werden.

Außerdem wäre eine weltweite Geltungskraft von Basel III an allen Bankplätzen unerlässlich. Also auch in den Vereinigten Staaten. Schon Basel II ist in Amerika in der Breite nie umgesetzt worden. Das hat zu Wettbewerbsverzerrungen geführt, die sich bei einem vergleichbar „durchlöcherten“ Basel III-Regime noch verstärken würden.

Ob sich diese Verbesserungen am derzeitigen Richtlinienentwurf für Basel III durchsetzen lassen, ist völlig offen. Den Unternehmen von Handwerk und Mittelstand bleibt vorerst nur zu raten, die günstige Konjunkturlage wo immer möglich zu nutzen, um ihre Eigenkapitalposition zu stärken.

Den am nationalen Entscheidungsprozess zu Basel III Beteiligten sei die Aufforderung ins Stammbuch geschrieben, eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die die Umsetzung der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln auf den heimischen Mittelstand untersucht. Dies würde ein zentrales Stück mehr Transparenz und Sicherheit über die Konsequenzen einer Einführung von Basel III bereitstellen. <

Diplom-Volkswirt Dr. rer. pol. Thomas Köster, geb. 1946 in Menden, war langjähriger Hauptgeschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Handwerktages (NWHT) und ist Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf. Er hat u. a. zur Entwicklung von Finanzsystemen und zum Lebensprinzip Selbstverantwortung publiziert. Politisch war er in der CDU und in der Mittelstandsvereinigung (MIT) aktiv. Dr. Köster ist zudem Leiter des hoch angesehenen „Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft“ in Düsseldorf. Die AGSNRW und er pflegen einen regelmäßigen, konstruktiven Gedankenaustausch.

Kurznachrichten

Klausur AGS NDS // Ein Jahr Rot-Grün // AG Infrastruktur

Klausurtagung der AGS Niedersachsen

Am 17.09.2011 fand die Klausurtagung der AGS Niedersachsen in Fallersleben bei Wolfsburg statt. Als Referenten waren in diesem Jahr dabei: **Hubertus Heil**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion („*Neuer Fortschritt: Wachstum und Gerechtigkeit*“) und **Dr. Philipp Steinberg**, persönlicher Referent des Parteivorsitzenden („*Grundlage für einen handlungsfähigen Staat: Das neue Steuer- und Abgabekonzept der SPD*“). Auf Einladung des niedersächsischen AGS-Landesvorsitzenden Prof. Dr. Michael Hamann nahm Michael Henke an der Klausurtagung teil. <

Es geht voran!

So titelt eine Dokumentation der NRWSPD-Fraktion über das erste Jahr der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Über einiges davon hat die AGSNRW in ihren AGS:NACHRICHTEN berichtet und kommentiert. Meist, aber nicht immer, waren wir mit dem, was wir aus Düsseldorf berichten konnten, einverstanden. Einiges haben wir in den parteiinternen

Debatten und darüber hinaus begleitet. Die Zusammenfassung der Arbeit der rot-grünen Landesregierung findet man im Netz unter der folgenden Adresse:

http://viewer.dialogperfect.de/7114/Ein_Jahr_Rotgruen.html <

AG „Allianz für Infrastruktur“ des NRWSPD-Landesvorstands

Unter der Leitung von Jochen Ott, stv. Parteivorsitzender der NRWSPD, fand am 21.09.2011 eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Allianz für Infrastruktur“ des SPD-Landesvorstands im Dortmunder Rathaus statt. Ludger Wilde, Leiter des Planungsamtes der Stadt Dortmund, erläuterte in seinem Vortrag die Perspektiven der Stadtentwicklung am Beispiel seiner Stadt. Für die AGSNRW war Michael Henke dabei. <

Relaunch von spd-dortmund.de

Wenn pünktlich am 01.10. die neue Website der SPD Dortmund ans Netz geht, dann sind dafür **3 Mitglieder der AGS Dortmund** verantwortlich, die das Projekt innerhalb von 6 Monaten ehrenamtlich realisiert haben. Die Partei braucht keine AGen? <

Termine

Was ist wann los in NRW?

Oktober 2011

Do., 20.10.2011, 19:00 Uhr

AGS Gelsenkirchen und IHK Nordwestfalen

► Veranstaltung der AGS Gelsenkirchen in Kooperation mit der IHK Nordwestfalen zum Thema „Selbständig in Gelsenkirchen - Fluch oder Segen?“

IHK Gelsenkirchen

November 2011

Do., 03.11.2011, 19:00 Uhr

AGS Bottrop

► Unternehmerstammtisch „Wellness-Herbst: Rückenschule“ – sein wichtigstes Kapital vernachlässigt der Unternehmer besonders gern: sich selbst. Zum Jahresende erinnert die AGS Bottrop in Zusammenarbeit mit der TK daran, dass die Kernressource jeden Unternehmens gestärkt werden sollte – der Rücken des Unternehmers. Es gibt einen Vortrag sowie praktische Übungen mit einer Physiotherapeutin.

„Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN ist Montag, der **17.10.2011**. Manuskripte (.doc, .odt, .rtf, .txt), Fotos (.jpg) und Grafiken (.gif, .png) bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden!

Aktuelle Veranstaltungshinweise und Termine auf unserer Webseite: > www.ags-in-nrw.de/termine.htm



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

